

# Die Bergbau-Industrie

## Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorchriften ausgeschlossen. • Postkassen-Konto Hannover Nr. 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bismarckstr. 46. • Tel.-Nr. 808 21. • Telegr.-Adr.: Iltverband Bochum.

### Deputatkohle muß nachgeliefert werden.

#### Wieder ein grundsätzlich bedeutamer Rechtsschulerfolg.

Unsere Verbandsmitglieder wissen von dem jahrelangen Rechtskampf, der mit der Frage der Nachlieferung von Deputatkohlen verknüpft ist. Die Arbeitgeber vertreten stets die Auffassung, der Arbeiter könne nur soviel Hausbrandkohlen fordern, wie er bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses voraussichtlich verbrauchen könne. Das sei namentlich aus der Beschränkung auf den „eigenen Bedarf“ zu schlussfolgern.

Demgegenüber vertreten wir stets die Meinung, daß das Recht auf den kostenlosen oder verbilligten Hausbrandkohlenbezug ein Teil des Arbeitsentgelts sei, das stets anteilmäßig entsprechend der Dauer des Arbeitsverhältnisses im Deputatkohlenjahr dem Arbeiter zustehe und ebenso wie der Lohn auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses gefordert werden könne.

Bei den früheren Berggewerbegerichten wie auch bei den Landesarbeitsgerichten des Ruhrbezirks, die sich mit dieser Frage zu befassen hatten, sind wir jedoch mit unserer Auffassung nie durchgedrungen. Dagegen haben wir beim Reichsarbeitsgericht (Urteil vom 8. Dezember 1928) den Erfolg errungen, daß in Kündigung stehende Arbeiter ihre Restmenge anfordern können, wobei es unerheblich sei, daß diese Menge bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht verbraucht werden könne. Mit diesem Urteil fanden sich die Unternehmer aber nie ab, wobei sie Unterstützung beim LAG. Dortmund fanden. Mehrere Streitigkeiten, wo Arbeiter vor Ablauf der Kündigungsfrist ihre Restmengen nachforderten, mußten erneut durchgeschickten werden, wobei sich Dortmund in Widerspruch zum RAG. setzte, während das LAG. Essen sich der Auffassung des Reichsarbeitsgerichts anschloß. Das Reichsarbeitsgericht wurde ebenfalls erneut mit der Frage befaßt und baute seine Gründe vom 8. Dezember 1928 durch Urteil vom 10. Oktober 1931 weiter aus. Damit war nun zweifellos festgestellt, daß jedenfalls in Kündigung stehende Arbeiter vor Ablauf der Kündigungsfrist ihre gesamte Restmenge nachfordern können.

In diesen Urteilen hat aber das Reichsarbeitsgericht keine eindeutige Stellung zur Rechtsnatur des Kohlenanspruchs eingenommen. Auch hatte es sich nicht mit der Frage befassen müssen, ob auch nach Ablauf der Kündigungsfrist die Restmengen noch angefordert werden können. Diese wichtigen Fragen harren noch ihrer Lösung, die wir ihrer großen praktischen Bedeutung wegen herbeizuführen uns bemühten. Der Zechenverband befreit natürlich die Nachlieferungs-pflicht nach beendigtem Arbeitsverhältnis. Das LAG. Dortmund pflichtete ihm bei. Auch das LAG. Essen teilte in dem von uns betriebenen Prozeß diese Auffassung, ließ aber die Revision zu.

Das Reichsarbeitsgericht entschied durch Urteil vom 14. Januar 1933. Sein Urteil bedeutet für unsere Rechtsschularbeit

einen vollen Erfolg. Bezüglich der Rechtsnatur des Kohlenanspruchs trat es der Auffassung bei, das Recht auf den kostenlosen oder verbilligten Kohlenbezug stelle einen Teil des Arbeitsentgelts dar, und zwar sei es eine Gegenleistung des Arbeitgebers für die arbeitsvertragliche Verpflichtung des Arbeiters und dessen Arbeitsleistung im ganzen. Zwar erlange nicht schon durch den Abschluß des Arbeitsvertrags der Arbeiter einen klagbaren Anspruch auf die tarifliche Kohlenmenge, sondern nur die Berechtigung, die Lieferung der Kohlen fordern zu können. Erst durch die Anfordern der Kohlen würde der klagbare Anspruch begründet. Dagegen beschränkte sich das Recht zur Anfordern nicht auf die Dauer des Arbeitsverhältnisses. Vielmehr könnte die Lieferung von Restmengen auch noch nach Ablauf der Kündigungsfrist (im vorliegenden Falle zwei Monate später) verlangt und damit die Lieferpflicht des Arbeitgebers begründet werden.

Im streitigen Falle schied der Arbeiter im Februar, also im Winterhalbjahr, in dem zwei Drittel der Jahresmenge gefordert werden können, aus dem Arbeitsverhältnis. Seine Restmenge berechnete er nach der verstärkten Lieferpflicht im Winterhalbjahr und fand damit beim Reichsarbeitsgericht Anerkennung.

Mit dem Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 14. Januar 1933 ist also der langwierige und schwierige Rechtskampf um die Gestaltung des Deputatkohlenrechts in vollem Umfang zugunsten der Bergarbeiter entschieden. Das verdanken sie ebenso sehr unserem Verbands wie dem Reichsarbeitsgericht. Erwähnenswert ist aber noch die Gründe des Reichsarbeitsgerichts. Sein Erkenntnis wird zwar schon durch die Anerkennung des Kohlenbezugsrechts als eines Arbeitsentgelts getragen. Aber es begnügt sich nicht damit, sondern gibt noch eine sozialrechtliche Begründung, die historisch fundiert ist. Dem geschichtlichen Ursprunge nach, so führt es aus, beruhe die Lieferung von Kohlen zu einem Vorzugspreis offenbar auf der Erwägung, daß es für den Bergarbeiter eine besondere Härte sei, wenn er für seinen Eigenbedarf auf den verteuerten Zwischenhandel angewiesen wäre. Geschichtlich stelle also die Kohlenbezugsberechtigung ein Erfordern der Billigkeit dar, dem übrigens eine gewisse Weitzergeigkeit in der tariflichen Ausgestaltung entspreche. Gerade deswegen aber dürften bei der Entscheidung des Streites nicht nur Erwägungen der rechtlichen Auffassung allein ausschlaggebend sein, sondern es müsse auch den natürlichen Empfindungen der Billigkeit gefolgt werden. Das Urteil des Reichsarbeitsgerichts stellt somit nicht nur eine juristische, sondern auch eine soziale Tat dar.

Nach der Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht wurde durch Anerkennsurteil des LAG. Essen vom 11. März 1933 (LAG. 202 32) dem ganzen Klageanspruch stattgegeben.

### Achtung! Achtung!

für Postsendungen an die Verbandszentrale Bochum.

In unseren Büros und Zahlstellen im Verbandsgebiet sind noch Karten und Briefumschläge, denen eine verkehrte Postschließfachnummer aufgedruckt ist. Wir machen darauf aufmerksam, daß wir jetzt

### Postschließfach 406 in Bochum

haben. Wo noch die verkehrte Nummer aufgedruckt ist, muß dieselbe bei Sendungen an uns gestrichen und die neue Nummer aufgeschrieben werden.

das wirtschaftliche Wohlergehen des Volkes tragen. Das heißt also dann:

### Das Volkswohl ist das Primäre.

Jede Wirtschaftspolitik, die sich unter diesem Primat vollziehen soll, die also das Volkswohl und damit besonders das Wohl unserer Arbeiterschaft als ihr Hauptziel und ihren eigentlichen Sinn bezeichnet, findet auch unsere ungeteilte und bedingungslose Zustimmung und Unterstützung. Wir sagen das, auch wenn daneben der Satz zu lesen steht, der stärkste Förderung der privaten Initiative verspricht. Daß wir als Gewerkschaften nicht grundsätzlich — um irgendeiner Theorie willen — gegen private Wirtschaftsbe tätigung sind, beweist unsere bisherige Einstellung zu diesen Fragen. Die Begriffe: Wirtschaftsdemokratie — Planwirtschaft sind freigewerkschaftliches Gedankengut und besagen im Effekt nichts anderes, als daß auch wir eine Wirtschaftsordnung erstreben, in der die Wirtschaft Dienst am Volke und nicht Dienst im Interesse des Kapitals oder der Kapitalbesitzer ist. Unsere Forderung nach Planwirtschaft ist ja eine bewußte Abkehr von jeglichem theoretischen Sozialismus und ein Bekenntnis zu dem natürlichen Entwicklungsergebnis, dessen feste Veränderung — als unaufhaltbare und notwendige Veränderung — in Formen übergeleitet werden soll, die dem Wohle der Gesamtheit dienen, ohne Rücksicht darauf, ob bevorrechtigte Einzelinteressen dabei Schaden leiden durch Angleichung an das Gesamtinteresse.

Und ebenso wie die liberalistischen Wirtschaftstheoretiker für sich Kapital aus der Regierungserklärung zu schlagen suchen mit der Hervorhebung des Bekenntnisses zur Förderung der privaten Initiative, glauben wir darauf hinweisen zu dürfen, daß es für die Regierung vorteilhafter und dem arbeitenden Volke viel dienstbarer sein wird, wenn die zukünftige Wirtschaftspolitik unter das Motto gestellt bleiben wird: Wirtschaft muß Dienst am Volke sein!

Die ersten Ansätze wirtschaftspolitischer Praxis der Reichsregierung lassen hoffen, daß die freie, die liberalistische Wirtschaftsbe tätigung zumindest nicht eine Prinzipienfrage für die Regierung sein wird. Die Neuordnung der deutschen Volkswirtschaft, worüber wir in einem besonderen Artikel in dieser Nummer berichten, bestätigt das. Ohne zu der Frage Stellung zu nehmen, welches Resultat diese Neuordnung zeitigen wird, sei nur darauf hingewiesen, daß sie einen derart willkürlichen staatlichen Eingriff in planwirtschaftlicher Absicht darstellt, wie es in der Vergangenheit sehr wenig zu beobachten war. Daß dieser Eingriff in die private Wirtschaftsfreiheit der Unternehmer eines Produktionszweiges (Margarine) zugunsten eines anderen, ebenfalls auf privater Wirtschaftsbetätigung beruhenden Zweiges (Landwirtschaft) vorgenommen wurde, schmälert die planwirtschaftliche Bedeutung der Maßnahme an sich in gar nichts. Ausschlaggebend ist, daß sich die Regierung damit grundsätzlich zu planwirtschaftlicher Gestaltung bekannt hat und damit auch zum Eingriffsrecht in die private Initiative, wenn es höhere, und zwar allgemeinwirtschaftliche Interessen zu wahren oder zu fördern gilt. Ob solcher Eingriff im Einzelfall eine diesbezügliche wirkliche Förderung darstellt, steht hierbei nicht zur Debatte. Einmal grundsätzlich zum planwirtschaftlichen Eingreifen bekannt, wird das Ausmaß desselben lediglich bestimmt sein von dem gesteckten Ziel, das erreicht werden soll.

Uns genügt deshalb vollkommen, wenn das Ziel, das sich die Regierung bei ihrer zukünftigen Politik gesteckt hat, bleibt: Wirtschaft muß Dienst am Volke bleiben! Ist das der Fall, dann zweifeln wir nicht daran, daß auch die neue Regierung sehr bald zu dem gleichen Erkenntnis kommt, die wir als freie Gewerkschaften schon längst gewonnen haben, nämlich, daß Wirtschaft im Dienst am Volke überhaupt nur Planwirtschaft sein kann. Wir sind bereit, solche Wirtschaftspolitik restlos zu unterstützen.

## Wirtschaftspolitik der Reichsregierung.

In der Regierungserklärung, die Reichkanzler Hitler am 23. März im Reichstag abgab, war verhältnismäßig wenig von der Wirtschaft die Rede. Sie enthielt nur zwei Grundgedanken von wirtschaftlichem Interesse. Der erste lag in dem Bekenntnis, daß man die Wirtschaftsbelebung nicht über den Umweg einer staatlichen Wirtschaftsbürokratie herbeiführen werde, sondern durch stärkste Förderung der privaten Initiative; der zweite in dem Ausspruch, daß die Wirtschaft nicht da sei für das Kapital, sondern das Kapital für die Wirtschaft, und daß die Wirtschaft dem Volke zu dienen habe. In Wirtschaftskreisen selbst wird noch als dritte bemerkenswerte Äußerung der Hinweis bezeichnet, daß von der Regierung keine Währungsversuche beabsichtigt seien. Wir selbst werten diesen Hinweis nur als eine in diesen Dingen ängstlichen Gemütern gegenüber geäußerte Selbstverständlichkeit. Bleiben wir also bei den anderen beiden Grundgedanken.

Schon bei flüchtiger Forschung nach dem eigentlichen Sinn derselben erwächst einem die Erkenntnis, daß man es dabei wieder mit einem Meisterstück nationalsozialistischer Programmformulierung zu tun hat, die gerade bezüglich der kritischsten Fragen theoretisch alle zufriedenstellen weiß. Hinter dieser Tatsache verbirgt sich das Geheimnis, weshalb auf der ganzen Linie bezüglich der wirtschaftspolitischen Äußerungen in der Kanzlerrede volle Zufriedenheit herrscht. Wir nehmen also nicht an, daß die beobachtbare Zufriedenheit über die Kanzlerrede in ihrem wirtschaftspolitischen Teil der strengen Presseaufsicht entspringt. Es ist eben so, daß man die diesbezüglichen Stellen der Rede ganz nach Belieben auslegen kann: „Wie ich sie auffasse!“

Nach diesem Rezept haben denn auch alle diejenigen verfahren, die teils aus eigenem, teils aus beruflichem Interesse glauben verpflichtet zu sein, der Öffentlichkeit die wahre Absicht der Regierung in wirtschaftspolitischer Hinsicht an Hand der Regierungserklärung darzulegen. Auch für uns besteht ein diesbezügliches Interesse, und zwar beruflicher Art, da wir ja ebenfalls zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen unserer Mit-

glieder berufen sind und das Resultat unseres Wirkens natürlich sehr stark mitbestimmt wird von der staatspolitischen Absicht im Hinblick auf volkswirtschaftliche Planung.

Interessant war für uns, nun zu beobachten, welche Auffassung wohl unser sozialer Gegenspieler, nämlich die Arbeitgeberfront, kundgeben werde darüber, was sich wohl an wirtschaftspolitischer Absicht hinter den Worten der Regierungserklärung versteckt halte. Wie zu erwarten war, beilegte man sich, von der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ angefangen bis zum Wirtschaftsredakteur der kleinsten Provinzzeitung, darzulegen, daß die Regierungserklärung in ihrem wirtschaftspolitischen Teil ein eindeutiges Bekenntnis zur freien Unternehmerwirtschaft enthielt. Diese Darlegung und Auslegung ist durchaus berechtigt im Hinblick auf das klare Bekenntnis zu stärkster Förderung der privaten Initiative. Trotzdem will uns scheinen, als ob man die wirtschaftspolitische Grundanschauung der jetzigen Regierung damit nicht genügend erhellt hat, d. h. dann nicht, wenn man diese Grundanschauung — trotz hugenberg in der Regierung — im eigentlichen nationalsozialistischen Denken eingeschlossen sucht.

Und hierfür scheint uns mehr charakteristisch zu sein jener vom Reichkanzler Hitler geäußerte Grundsatz, daß die Wirtschaft nicht da sei für das Kapital, sondern das Kapital für die Wirtschaft, und daß letztere dem Volke zu dienen habe. Dieser Grundsatz hebt zwar keinesfalls den anderen auf, der die stärkste Förderung der privaten Initiative verspricht, nimmt ihm aber keine absolute Allgemeingültigkeit und beläßt ihm nur relativen Wert. Und zwar beläßt er ihm nur jenen Wert, den auch wir als freie Gewerkschafter ihm jederzeit und unbedenklich zuerkennen bereit sind.

Für die Lebenspraxis und die Anwendung im Zusammenwirken der Wirtschaftsgesellschaft heißt nämlich der zweite Grundsatz nichts anderes, als daß die Wirtschaft nicht da ist für die Kapitalisten, sondern daß die Kapitalisten die Verantwortung tragen für die Wirtschaft, von deren Bestand das Volkswohl abhängig ist, und daß damit schließlich die Kapitalisten mit ihrer Verantwortung für die Wirtschaft auch die Verantwortung für

# Neuordnung in der deutschen Fettwirtschaft.

## Ein bedeutungsvolles Experiment.

Die Reichsregierung hat eine in volks- und sozialwirtschaftlicher Hinsicht hochbedeutsame Verordnung zur Neuordnung der deutschen Fettwirtschaft erlassen. Die Verordnung entspringt dem Grundgedanken, daß vor allem dem deutschen Bauern geholfen werden müsse — einmal, weil es ihm besonders schlecht gehe und zum andern, weil dann, wenn sich das Wohlergehen des Bauern hebe, er auch in höherem Maße industrielle Waren kaufen könne, wodurch auch in der Industrie eine Belebung erzeugt würde. Notwendig sei deshalb, daß vor allem für die deutschen Agrarprodukte Absatzmöglichkeiten geschaffen werden müßten. Diese Möglichkeit sei vorerst sehr stark beengt dadurch, daß noch zuviel billiger ausländische Agrarprodukte bzw. Erzeugnisse für deutsche Agrarerzeugnisse in Deutschland abgesetzt würden. So sei es Tatsache, daß in Deutschland jährlich 100 000 bis 150 000 To. Butter zu erträglichen Preisen keine Abnehmer finden könnten. Um diesem Mißstande abzuhelfen, sei deshalb das einfachste, auf irgendeine Art den Konsum billiger ausländischer oder aus ausländischen Rohstoffen hergestellter Fettprodukte zu droffeln, um so zu einem stärkeren Verbrauch rein inländischer Agrarfette zu zwingen.

Es ist leicht verständlich, daß die Regierung mit solcher Drofflung in erster Linie den Verbrauch von Margarine zu erfassen suchte, wenn man sich folgende Zahlen über den deutschen Jahresfettbedarf vergegenwärtigt: Deutschland hatte im Jahre 1932-33 einen Jahresfettbedarf von insgesamt 1,325 Mill. To.; davon entfielen 515 000 To. oder 39 Prozent auf Margarine, 450 000 To. oder 34 Prozent auf Butter, 220 000 To. oder 16 Prozent auf Schmalz, 90 000 To. oder 7 Prozent auf Oel und 50 000 To. oder 4 Prozent auf Kunstpeisefette. Die eigene Erzeugung und die aus eigenen Rohstoffen betrug insgesamt 535 000 To. oder 40 Prozent, wovon 400 000 To. auf Butter, 120 000 To. auf Schmalz und nur etwa 3 Prozent des gesamten Margarineverbrauchs entfielen. Die Einfuhr an Fetten und Rohstoffen machte 790 000 To. oder 60 Prozent aus; daran waren ausländische Butter mit 50 000 To., ausländisches Schmalz mit 100 000 To., aus ausländischen Rohstoffen hergestellte Margarine mit 500 000 To., ausländische Oele mit 90 000 Tonnen, ausländisches Kunstpeisefett mit 50 000 To. beteiligt.

Die Bedeutung der Margarine als Volksnahrungsmittel geht nach dieser Darstellung schon daraus hervor, daß der Margarineverbrauch in Deutschland höher ist als der Butterverbrauch. Schuld daran liegt natürlich bei dem relativ niedrigen Preise für Margarine. Für die Drofflung des Konsums standen nun zwei Möglichkeiten offen: erstens Einschränkung der Margarineproduktion, zweitens Verteuerung der Margarine durch Zollerhöhung für die zu ihrer Herstellung notwendigen Rohstoffe, oder aber durch Besteuerung der Margarine. Die Regierung wählte beide Wege.

### Der Inhalt der Verordnung.

Durch die neue Verordnung wird die Margarineproduktion auf 60 Proz. des Standes von Oktober-Dezember 1932 eingeschränkt. Das bedeutet einen Ausfall von etwa 200 000 To. an Margarine. Die Erzeugung wird zunächst schematisch, also für die freien und Konzernfabriken um 50 Prozent gedrückt. Zur Vermeidung von Härten und um einen gewissen Ausgleich zu schaffen, wird später eine Zulagerstellung von Margarine, und zwar von 10 Prozent gestattet. Die verringerte Ausnutzung der Herstellungsmöglichkeit wird also eine Erhöhung der festen Unkosten und dadurch des Margarinepreises mit sich bringen. Zu dieser „natürlichen“ Preiserhöhung kommt dann noch eine willkürliche dadurch, daß von jedem Pfund Margarine in Zukunft 25 Pf. Steuer erhoben werden. Das heißt also mit anderen Worten, daß in Zukunft nur etwas mehr als die Hälfte Margarine zu kaufen sein wird als bisher und diese auch nur zu wesentlich erhöhten Preisen. Um bei solcher künstlicher Verknappung des Vorrats eine spekulative und mit den vorgenommenen Maßnahmen nicht mehr zu rechtfertigende Preissteigerung zu verhindern, hat der Reichskommissar für Preisüberwachung bekanntgegeben, daß die Preisbildung für Margarine und Kunstpeisefette in der nächsten Zeit mit ganz besonderer Aufmerksamkeit verfolgt wird. Gegen Uebersteigerungen soll mit allem Nachdruck, gegebenenfalls mit der Schließung von Betrieben, die ungerech-

fertigte Preise für diese Lebensmittel fordern, vorgegangen werden.

Als kleiner Ausgleich für die auf Grund dieser Verordnung eintretende Preissteigerung für Margarine soll der Betrag, der durch Erhebung der Margarinesteuer eingeht, der minderbemittelten Bevölkerung, die durch die Margarineverteuerung am stärksten betroffen wird, durch Zuschuldigung von Fettarten zur Verfügung gestellt werden. Die Fettscheine dürften auf 50 Pf. oder 1 M. ausgestellt und können beim Erwerb von Fett in den Läden in Zahlung gegeben werden. Der Kreis der Antragberechtigten soll etwa 25 bis 30 Millionen Menschen umfassen. Demnach sollen nicht nur Erwerbstlose, sondern auch andere Minderbemittelte in den Genuß dieser Verbilligungsscheine kommen.

### Die volle Bedeutung der Verordnung.

Die volle Bedeutung dieser Verordnung liegt nicht nur in der Behandlung der Margarineproduktion und der damit verbundenen Preissteigerung für Margarine, sondern darin, daß sie eine Höherlegung der deutschen Preise für alle Fette, also auch für Butter, Schmalz, Talg usw. bringen soll und bringt.

Sicherlich werden die meisten unserer Leser über diese Verordnung den Kopf schütteln und sich fragen, wie denn auf solche Weise eine Konsum- und Wirtschaftsbelebung kommen soll und kommen kann. Aber wie gesagt — sie ist auch nur zu verstehen aus den eingangs unseres Artikels dargelegten Grundgedanken. Ob sie richtig sind, wird entschieden davon, ob an Stelle der durch Produktionseinschränkung ausfallenden Margarine und infolge einer erheblichen Preissteigerung der noch in den Handel kommenden die ungefähre gleiche Menge Butter, Schmalz und sonstiger deutscher Fette gekauft werden wird, auch wenn diese ebenfalls im Preise steigen.

Bleibt diese Wirkung aus, dann ist damit aber auch die Grundabsicht nißlungen und die Maßnahme müßte in Kürze ins gerade Gegenteil umschlagen von dem, was man erreichen wollte. Deshalb ist für alle maßgebenden und in diesen Dingen entscheidenden Instanzen höchste Wachsamkeit geboten. Und es wäre gut, wenn man gerade in diesen Stellen neben dem Glauben an das innere Wollen auch stets

#### eine Portion kleinen Zweifel

behält in die Unfehlbarkeit einmal getroffener Maßnahmen. Wir verweisen nur darauf, daß z. B. schon der Enqueteschuß festgestellt hat, daß das Verhältnis zwischen Margarine und Butter sich mit steigendem Einkommen trotz größeren Verbrauchs an Pflanzenfetten zugunsten der Butter verschiebt. Damit hat er eine wesentliche Ursache für den erhöhten Butter- wie auch für den erhöhten Margarineverzehr angegeben. Insofern wird die Auffassung, die sich in den amtlichen Erläuterungen findet, nämlich, daß „den Verbrauchern keine untragbaren Opfer zugemutet werden“, eine Auslegungs- und Einkommensfrage.

Die Wahrscheinlichkeit, daß der Fettverbrauch der neuen Erhöhung irgendwie ausweicht, ist ebenfalls nicht von der Hand zu weisen, wenngleich bedauerliche Ausweichungsmöglichkeiten durch die Konzentrierung der Margarineerzeugung versperrt sind. Die Verteuerung der Lebenshaltung auf dem Fettversorgungsgebiet kann zu einer Verschiebung innerhalb der übrigen Bedarfsgebiete führen. Am wichtigsten wird schließlich die Feststellung sein, welche Einkommenskreise die neue Fettsteuer zu tragen haben. Da sie nur auf Margarine und Erzfettstoffe erhoben wird, so in der Hauptsache doch wohl von den Kreisen, die nicht in der Lage sind, ihren hauptsächlichsten Fettbedarf durch den Gebrauch von Butter zu befriedigen.

Im letzten Grunde hängt also das Gelingen dieses Experiments davon ab, ob es tatsächlich in seiner letzten Wirkung gesamtwirtschaftlich förderlich wirkt, also über die beabsichtigte Förderung der Agrarinteressen auch eine Förderung der Industriewirtschaft auslöst. Geschehe das nicht, dann verbliebe es mehr eine Lastenverschlebung ohne volkswirtschaftlichen Vorteil. Wir würden das letztere schon deswegen bedauern, weil wir der Auffassung sind, daß schon heute die Lage der Industriearbeiterschaft zumindest nichts der an sich ebenfalls unglücklichen Lage unserer Landwirte nachsteht.

# Die Bankentriebe in Amerika.

Als in den Sommermonaten des Jahres 1931 die allgemeine Kreditkrise in Deutschland zu zahlreichen Insolvenzen und Schalterschließungen der Banken führte, wurde vielfach angenommen, daß es sich hierbei nach den bekannten Vorgängen bei der Nordwolle (Bahusen) um die Entfaltung eines lokalen, d. h. innerdeutschen Brandherdes handele, der zwar zunächst in der internationalen Welt gewisse Beunruhigung hervorrufen könne, dem aber sonst kaum im allgemeinen Weltgeschehen größere Bedeutung beizumessen sei. Heute aber, nachdem seit etwa zwei Monaten sich das gleiche Schauspiel in Amerika, und zwar in einem noch viel größeren Ausmaße wiederholt hat, gibt es keinen Zweifel mehr, daß diese Ereignisse hier und drüben einzig und allein als

## Krisensymptome des kapitalistischen Wirtschaftssystems

zu bewerten sind.

Einer der bedeutendsten und weitestgehend mechanisierten amerikanischen Produktionszweige ist bekanntlich die Automobilindustrie. Namen wie Ford, General Motors und Chrysler genossen Weltruf. Bereits Mitte des vergangenen Jahres aber tauchten Gerüchte auf, daß in der amerikanischen Automobilindustrie mit großen Verlusten gearbeitet würde, nachdem man jahrelang geradezu unerhörte Gewinne eingefahren hatte. Die General Motors Corporation, die unter dem Einfluß der Morgan-Gruppe steht, hatte z. B. im Jahre 1929 rund 246 Mill. Dollar Reingewinn, im Jahre 1930 rund 154 Mill. Dollar und noch 1931 einen Reinerlös von rund 97 Mill. Dollar zu verzeichnen. Der Sitz der vorerwähnten drei Automobilgroßunternehmen ist Detroit im Staate Michigan, und hier befand sich der Krisenherd. Die Union Guardian Trust Comp. in Detroit, das Bankunternehmen des Automobilkönigs Henry Ford, war illiquid geworden. Zunächst hieß es, daß die Zahlungsunfähigkeit dieser Bank auf verfehlte Grundstückspekulationen zurückzuführen sei, aber allmählich sickerte durch, daß Morgan, der große Gegenspieler Henry Fords, umfangreiche Einlagegelder bei der Union Guardian Trust Comp. abgerufen hatte, dem die Bank nicht gewachsen war. Ford, der als ein ausgesprochener Gegner aller Banken gilt, zeigte keinerlei Interesse für die Stützung seines Bankunternehmens, was dann zur Folge hatte, daß bereits nach wenigen Tagen über 600 Banken im Staate Michigan mit rund 2,5 Milliarden Dollar Einlagen ihre Schalter schließen mußten, da die Bevölkerung durch die Vorgänge bei der Union Guardian Trust Comp. jegliches Vertrauen zu den Banken verloren und schleunigst ihre Einlagegelder in Sicherheit zu bringen versuchten. Durch ein allgemeines Bankmoratorium in Michigan glaubte man den Brand wenigstens auf diesen Staat eindämmen zu können, aber schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit griff die Bankentriebe auf weitere 30 Staaten der amerikanischen Union über. Man half sich auch hier zunächst mit Moratorien und Auszahlungsbeschränkungen für die Banken und die Regierung in Washington sagte auch finanzielle Hilfe zu; also im Grunde genau die gleichen Maßnahmen wie bei uns in Deutschland anlässlich der Bankentriebe im Juli des Jahres 1931.

Inzwischen ging man nunmehr mit strengen Gesetzesmaßnahmen dazu über, das gesamte amerikanische Bankennetz einer durchgreifenden Reform zu unterziehen. Um sich von dem geradezu gigantischen Umfang dieses amerikanischen Bankennetzes ein Bild zu machen, möge erwähnt werden, daß es vor zehn Jahren in den Vereinigten Staaten noch etwa 30 000 Banken gab. Heute ist die Zahl schon auf knapp 19 000 zusammengeschrumpft, und man plant auch weiterhin, durch entsprechende Gesetzesverordnungen eine scharfe Konzentration durch Auflösung von Bankfilialen durchzuführen. Auch soll im Wege von Fusionen größerer Bankinstitute eine Vereinheitlichung des Bankensystems geschaffen werden.

Die bisherige Überprüfung der Verhältnisse bei den amerikanischen Banken hat ergeben, daß auch hier in falscher Investition des Geldes der Einleger während der guten Konjunktur eine Entwertung der schließlichen Kredite durch Einfrieren in der Krise eingetreten ist. Dieser Vorgang prägt sich heute allgemein zu einem typischen Merkmal der kapitalistischen Wirtschaft aus. Diese Erscheinung nimmt naturgemäß ihren Anfang in Zeiten der Hochkonjunktur, und zwar im Eingehen spekulativer Engagements sei es nun direkt in Wertpapieren oder Grundstücksankäufen oder in der leichtfertigen Geldanlagepolitik zwecks Ausnutzung entsprechender Zinsschwankungen. Der letztere Fall trifft in erster Linie auf die frühere verfehlte Investitionspolitik der deutschen Banken zu, wodurch ungezählte kurzfristige Milliardenkredite in der deutschen Wirtschaft eingefroren und den Anlaß zu den Schwierigkeiten bei den Banken gaben.

Aber auch in Amerika liegen die Dinge nicht wesentlich anders. Denn gerade die Immobilienkredite sind die Hauptursache der Krise. Die Farmer in den alten Weizengebieten leiden unter der Ausdehnung des Weizenbaues mit Hilfe technischer Fortschritte nach dem Westen und die Baumwollfarmer unter der Verminderung des Anteils der amerikanischen Baumwolle an der Weltverförmung. Diesen Farmern haben die Banken Kredite gegeben gegen Produkte, die jetzt an Wert sind, oder gegen Hypotheken auf die Farmen, auf denen die billig gewordenen Produkte erzeugt werden. Es ist ganz klar, daß solche Kredite nicht nur illiquid, sondern auch zu einem beträchtlichen Teil verloren sind. Mit den Hypothekenkrediten in den Städten liegt es nicht anders, denn gerade bei dem starken und raschen Anwuchs der Städte haben die Banken an diesen Geschäften Mißerfolge machen können, denen heute der übliche Kasernenjammer folgt.

# Das Ausland und die deutsche Umwälzung.

## Unser Verband gegen Ubertreibungen.

Wie unsere Leser aus der Tagespresse wissen, reagieren im Auslande einzelne Kreise — es handelt sich dabei hauptsächlich um Angehörige jüdischen Glaubens — in einer Weise auf die neuen deutschen Verhältnisse, die geeigneter sein könnte, schwerste wirtschaftliche Schäden für Deutschland zu verursachen. Da uns als Verband die Aufgabe der Wahrung wirtschaftlicher Interessen für unsere Mitglieder obliegt, konnte auch uns das nicht gleichgültig lassen, dies um so mehr, als auch in Kreisen des Auslandes, die uns mittelbar nahestehen und die nicht zu obengenannten Kreisen zählen, irriige Auffassungen bestanden über die Vorkommnisse, soweit sie unser Verbandsleben und Verbandseigentum betreffen. In der anderem fanden wir in einer ausländischen Zeitung einen Artikel von einem führenden Mitgliede der Bergarbeiterinternationale, der geeignet sein konnte, übertriebenden Berichten im Auslande neue Nahrung zu geben. Um aus solcher Entwicklung möglich werdenden Gefahren wirtschaftlicher und sozialer Natur zu begegnen, hat deshalb unsere Besondereleitung sofort einen Brief an das Büro der Bergarbeiterinternationale geschickt, in dem es heißt:

Kameraden! Im „Peuple“ vom 23. März 1933 finden wir eine Mitteilung, die sich mit der Verhaftung unseres Vorherrn Hufmann befaßt. Diese Mitteilung beruht offensichtlich auf unrichtigen Voraussetzungen. Wir bitten daher, von nachstehender Berichtigung Kenntnis nehmen zu wollen und auch die angeführten Organisationen davon zu unterrichten:

In der Nacht vom 10. zum 11. März 1933 wurde die Bochumer Verbandszentrale des Verbandes der Bergbauindu-

striearbeiter Deutschlands von Nationalsozialisten besetzt. In der gleichen Nacht wurden der Vorherrn Hufmann, die Vorstandsmitglieder Martmüller und Bittner sowie der Redakteur unseres Verbandsorgans, Zimmer, von Polizeiorganen aus ihren Wohnungen heraus in Schutzhaft genommen und zum Bochumer Polizeipräsidium gebracht. Ihre Freilassung erfolgte bereits am folgenden Vormittag.

Der Verbandsvorstand hat sich unmittelbar darauf bei den zuständigen Amtsstellen um die Freigabe und um den Schutz des Verbandshauses und des tags darauf ebenfalls besetzten, in Bochum befindlichen Hauses der Bezirksleitung des Ruhrreviers bemüht und im übrigen die Verbandsarbeiten von einem Bochumer Büro aus fortgesetzt. Ebenso ist unser Verbandsorgan „Die Bergbau-Industrie“, wenn auch mit einer kleinen Verzögerung, weiter herausgegeben worden. Die beiden inzwischen erschienenen Exemplare legen wir zu Ihrer Information bei. Inzwischen sind am 21. März unsere besetzt gewesenen Bochumer Verbandsgebäude wieder freigegeben worden, worin die Gewerkschaftsarbeit ohne jede äußere Behinderung wieder aufgenommen worden ist.

Wir würdigen Ihre Besorgnis über das Schicksal des deutschen Bergarbeiterverbandes, glauben jedoch nicht, daß dieses Schicksal durch unrichtige Proteste gebessert werden kann. Wir bitten daher, jeweils unsere Informationen abzuwarten oder unmittelbare Erkundigungen bei unserer Verbandszentrale einzuholen.

Wir hoffen zuversichtlich, daß damit die Kreise, auf die wir im Auslande, wenigstens formell, einwirken können, diese unsere Mahnung zur Lehre nehmen und jeder wilden Berichterstattung gegenüber die nötige Vorsicht walten lassen.

**14.** Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 2. April bis 8. April 1933

# Glückauf, Kameraden!

**Glückauf, Kameraden, durch Nacht zum Licht!  
 Uns sollen die Zeiten nicht kümmern,  
 Wir hatten so manche verzweifelte Schlacht  
 Und haben die Sonne doch schimmern.  
 Nur einig, einig müssen wir sein,  
 So fest und geschlossen wie Erz und Gestein.**

Altes Bergarbeiterlied von Heinrich Köpchen.

Wie oft haben wir als freiorganisierte Bergarbeiter dieses Lied gesungen! In schwerer und schwerster Not war es immer wieder unser Leitstern. In der kampferfüllten Geschichte unseres Verbandes war es das Bundeslied. Auch in unserer stürmbewegten Gegenwart und Zukunft wird es für jeden selbstbewußten und aufrechten Bergmann die unsterbliche Kampfes-  
 lozung bleiben.

Wir hatten so manche verzweifelte Schlacht — wer möchte die Wahrheit dieser Worte bezweifeln? Und wir durchlebten nicht nur manche bittere Schlacht. So manche Epoche in dem mehr als vierzigjährigen Bestehen unseres Verbandes war für die Mitglieder und Funktionäre eine Zeit schwerster Prüfung. In einem ständigen Ringen, insbesondere in entscheidenden wirtschaftlichen Kämpfen mußten alle Verbandsmitglieder immer wieder Befonnenheit, Charakterfestigkeit, Opfer-  
 sinn und Standhaftigkeit bewahren.

Schon wenige Jahre nach der Gründung unseres Verbandes drohte infolge verschiedener Ereignisse der Zusammenbruch. Die Zahl der Mitglieder war Mitte der 90er Jahre von 50 000 auf etwa 5000 zurückgegangen. Maßgebende Führer des Verbandes saßen im Gefängnis. Troßdem ließen die übrig-  
 gebliebenen 10 Prozent der Mitgliedschaft den Mut nicht sinken. Unter der Parole „Nun erst recht!“ gingen sie an die Werkarbeit. Der Erfolg blieb nicht aus. Zehn Jahre später zählte der Verband bereits über 100 000 Mitglieder.

Nach dieser Zeit rapiden Aufstieges kam der zweite große Bergarbeiterstreik. Auch dieser große Bergarbeiterkampf im Jahre 1905 war für unsere Kameraden und Mitglieder ein harter Prüfstein. Aber die unerschrockenen Kämpfer bestanden auch diese Prüfung. Anstatt Streikbrecher zu werden und sich den Unternehmerwünschen zu fügen, nahmen Tausende und aber Tausende Maßregelungen in Kauf. Als Verurteilte auf der schwarzen Liste stehend, zogen sie arbeitslos von Ort zu Ort und nahmen jedes Opfer auf sich. Man möchte sie noch so sehr drangsalieren und schikanieren, zu Gelinnungsummen und Ver-  
 räten an der Arbeiterfrage konnte man sie nicht stampeln.

Der gleiche Vorgang wiederholte sich im Jahre 1912. Wiederum sahen die Bergarbeiter keine andere Möglichkeit, ihren berechtigten Forderungen Nachdruck zu verleihen, als durch einen neuen Massenstreik. Auch in diesem Ringen zeigte es sich, daß viele notleidende Schicksalsgenossen sich in der Stunde der Entscheidung nicht als standhafte Kampfesgenossen erwiesen. Viele brachten den Mut und die Kraft zum Mitkämpfen nicht auf, sondern überließen es der organisierten Kampforganisation, die Kämpfer aus dem Feuer zu holen. Als der Streik schließlich zusammenbrach, als man den kämpfenden Bergarbeitern wegen „Kontraktbruchs“ nahezu 5 Mill. M. von dem

verdienten Lohn einbehielt, um damit den Arbeitswilligen eine Prämie zu zahlen, als man erneut einen großen Teil der Streikenden maßregelte, ließen unsere Kameraden den Mut dennoch nicht sinken. „Schwarzen Heizens, grimmerfüßt über diesen Ausgang eines in so günstiger Zeit begonnenen Kampfes mußte der Gang zur Zeche angetreten werden. Kameraden, die schon 1889 mitgekämpft hatten, weißbärtige Knappen weinten wie Kinder!“ So schildert unser verstorbenen Verbandsführer Otto Hue den Ausgang dieses Kampfes. Aber auch dieser Fehlschlag lähmte den Organisationswillen der freiorganisierten Bergarbeiter nicht.

Als dann im Jahre 1914 der Krieg ausbrach, als die Massen kriegsbegeistert jubelten, da wurden die organisierten Bergarbeiter erneut vor eine schwere Entscheidung gestellt. Jahrelang wurden sie von den Staatsorganen unterdrückt und verfolgt, jahrelang kämpften sie um die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und um ihre staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Noch zwei Jahre vor Kriegsausbruch, im Jahre 1912, hatte man Militär ins Streikgebiet geschickt und die Polizeimacht gegen die Streikenden eingesetzt. Nun mutete man ihnen zu, daß sie für

nicht erschüttert wurde. Auch inmitten der stürmbewegten Kriegszeit erwies sich das Organisationswerk der freiorganisierten Bergarbeiter als unzerstörbar.

In den revolutionären Nachkriegsjahren hörte der Kampf für die freiorganisierten Bergarbeiter nicht auf. Wenn auch bei der Staatsumwälzung dem Verbands massenhaft neue Mitglieder zuströmten, so war doch gerade deshalb das Verbandschiff allerhand stürmischen Wogen ausgesetzt. Revolutionäre und spartakistische Strömungen auf der einen Seite, die wirtschaftliche Not und reaktionäre Machenschaften auf der anderen machten einen aufreibenden Kampf nach verschiedenen Richtungen notwendig. Hinzu kam die ungeheure Kohlennot, die die Bergarbeiter trotz Unterernährung zu zahlreichen Ueberschichten zwang.

Schließlich kam die Hungerbesetzung durch die Franzosen und damit eine ungeheure Verschärfung der Inflation. Wiederum erreichte die wirtschaftliche und soziale Not einen unerträglichen Grad. Der Wert des Geldes schmolz dahin, trotz angestrengtester Arbeit konnten sich die Bergarbeiter nicht einmal sattessen. Der Monatslohn, in „Millarden“ ausbezahlt, reichte kaum für ein Brot und ein Pfund Margarine. Mit dem Schwinden der wirtschaftlichen Lebensgrundlage sank auch bei Millionen Volksgenossen der Lebenswille, weil das noterdüllte Dasein sinnlos erschien. Kein Wunder, wenn in dieser Zeit auch die geistige Verwirrung größer wurde und revolutionäre Strömungen unser Verbandswerk erneut gefährdeten. Doch dank der unerschütterlichen Treue zur Organisation, dank des unbeugbaren und zielklaren Willens, den ein großer Teil von Verbandsmitgliedern aufbrachte, als zahlreiche Kameraden wankelmütig wurden, überstand unser Verband auch diese furchtbare Notzeit.

den Staat, der sie als Staatsbürger zweiter Klasse behandelte, ins Feld ziehen, daß sie Gut und Blut opfern sollten. Doch auch hierbei fiel ihnen die Entscheidung nicht schwer. Wenn sie auch von den Staatsorganen bis dahin verfolgt und schikaniert wurden, so konnten diese Maßnahmen ihr Nationalgefühl und ihre militärischen Verpflichtungen gegenüber dem Volksganzen nicht erschüttern. Zehntausende von Verhandlungssuchern zogen daher ins Feld und waren bestimmt nicht die schlechtesten Soldaten. Sie, die Kumpels, die durch ihre Berufsarbeit gewohnt waren, täglich dem Tode ins Auge zu schauen, sie erfüllten auch als Frontsoldaten ihre Pflicht.

Viele von den ausgezogenen Verbandskameraden kamen nicht wieder, andere kehrten als Krüppel zurück. Diejenigen aber, die während des Krieges in der Heimat bleiben und durch schwere Arbeit die wirtschaftliche Versorgung des Volkes sichern mußten, hatten es nicht leicht. Troß schlechter und mangelhafter Ernährungsweise verfuhrten sie nicht nur ihre ordentlichen Schichten. Mit Hilfe zahlreicher Ueberschichten und einer größeren Schufterei wurde der volkswirtschaftliche Kohlenbedarf zu decken versucht. Das Selbstmitleid aber war, daß auch inmitten des vierjährigen Krieges, der nicht nur dem deutschen Volke, sondern auch der Bergarbeiterschaft ungeheure Wunden schlug, daß trotz einer beispiellosen Not und wirtschaftlichen Berelendung die

## Organisationstreue der Bergarbeiter

Die Zeit nach 1924, also nach der Stabilisierung bis zum Ausbruch der kapitalistischen Krise, stand im Zeichen des Aufstieges. Durch die Schaffung der Reichsknappschaft wurde der jahrzehntelange Kampf unseres Verbandes um die knappschaftliche Reform mit Erfolg gekrönt. Die sozialen Leistungen konnten gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend erhöht und die Knappschaftsrechte wesentlich ausgebaut werden. Verbunden mit diesem sozialpolitischen Aufstieg war eine Kette lohnpolitischer Verbesserungen. Fast in jedem Jahre konnte der Verband in allen Bezirken erfolgreiche Lohnabschlüsse tätigen und den Lohnstand von 1924 vielfach um 60 bis 80 Prozent steigern. Auch die Manteltarife erfuhren weitgehende Verbesserungen. Auf arbeitsrechtlichem Gebiete wurde durch den Ausbau des Arbeitsrechtes, durch die Schaffung der Arbeitsgerichte und die gewerkschaftliche Rechtsschutzfähigkeit Hervorragendes geleistet. Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, der Arbeiterbildung, des Wohnungsweins usw. zeigte sich fortschrittliche Tendenzen. Durch die Schaffung der Arbeitslosenversicherung wurde auch die Lage der Arbeitslosen erträglicher gestaltet. Durch diese Erfolge ermutigt, traten zahlreiche Bergarbeiter unserem Verbands bei, so daß wir einen Mitgliederstand von annähernd 200 000 erreichten.

Dann brach die verheerende Wirtschaftskrise herein. Die Produktion schrumpfte immer mehr und mehr zusammen. Mit dem Sinken der Produktionsziffern gingen die Wirtschaftserträge zurück, die öffentlichen Einnahmen sanken, die Arbeitslosenziffern stiegen. Ein Lohnabbau folgte dem anderen. Die sozialen Leistungen wurden abgebaut und die gesamte Lebenshaltung der Arbeiterschaft erreichte einen erschreckenden Tiefstand. Seit drei Jahren herrscht bereits diese drückende Notlage.

# König Kohle

Amerikan. Bergarbeiterroman von Upton Sinclair.  
 Copyright by Malik-Verlag.

Der Berghauptmann von Nordtal war derart erregt, daß er nicht mehr stillsitzen konnte. Aller Werges, alle Sorgen seines unruhigen Lebens fluteten ihm durchs Gehirn. Er schritt auf und ab, sprach, ohne zu beachten, ob Hal zuhört oder nicht. „Ein Vagabond lästiger Ausländer! Sie verstehen kein Wort einer zivilisierten Sprache, haben nur einen einzigen Gedanken im Kopf: sich von der Arbeit zu drücken, wo sie können, ihre Karren mit Schiefer und Gestein zu beladen und die Schuld einem anderen in die Schuhe zu schieben. Und das Trinken nicht zu vergessen! Sie arbeiten nicht ehrlich, kämpfen nicht ehrlich, der Messerstich aus dem Hinterhalt ist bei ihnen Sitte! Und dann kommt ihr Agitatoren, voller Mitleid und Sympathie. Warum zum Teufel kommen denn die Kerle in dieses Land, wenn es ihnen nicht mehr zuzutun ist als ihr eigenes?“  
 Hal hatte diese Frage bereits früher gehört — doch mußten sie noch immer auf das Automobil warten. Außerdem wollte er, da er nun schon einmal ein Agitator war, seinem Gegner soviel Werges wie möglich bereiten. „Der Grund ist doch ganz klar“, entgegnete er. „Erzählen denn die Agenten der Allgemeinen Beheizungs-gesellschaft im Ausland nicht Wunderdinge von den hohen Löhnen, die man in Amerika erhält?“  
 „Erhalten sie die Leute denn nicht? Die Löhne hier sind decimal so hoch wie bei ihnen zu Hause.“  
 „Ja — aber keiner hat etwas davon. Die Agenten versuchen zu erzählen, daß hier alles noch viel mehr kostet als die Löhne ausmachen. Außerdem bringt man den Leuten bei, Amerika sei ein Land der Freiheit, und so kommen sie, alles Gute für sich und ihre Kinder erhoffend. Und was finden sie hier? Einen Berghauptmann, der seine ganze Geographie verlernt hat — und meint, die Rocky Mountains seien irgendwo im arabischen Rußland.“  
 „Ich kenne das Geschwätz“, rief ungeduldig der andere. „Auch ich habe in meiner Jugend das Sternbanner geschwenkt, aber ich habe, man verfallt der Kohlengrube, und das ist etwas anderes als die Verantwältung einer 4.-Juli-Feier. Da haben die Kirchenleute ein Gesetz gegen Sonntagsarbeit gemacht und was ist das Ergebnis? Daß die Leute sechsunddreißig Stunden Zeit haben, sich zu besaufen, und am Montag arbeitsunfähig sind.“  
 „Dagegen gibt es doch ein Heilmittel, Cotton.“ Wenn die Gesellschaft zum Beispiel keine Schankräume verpachtete?“  
 „Großer Gott! Glauben Sie denn, wir hätten es nicht versucht? Dann gehen die Leute nach Pedro, bringen in ihrem Körper und in Flaschen soviel Alkohol zurück, wie sie nur tragen können. Wird das verboten, so wandern unsere Arbeiter nach

anderen Gruben aus, wo sie ihr Geld ausgeben können, wie es ihnen beliebt. Nein, junger Mann, solche Herden kann man nur mit der Sense behandeln! Und dazu gehört eine starke Hand — gehört ein Mann wie Peter Harrigan. Braucht man Kohle, soll die Industrie weiterkommen, Fortschritt...“  
 „Das ist auch in unserem Liebes enthalten“, unterbrach ihn Hal und sang:  
 „Er treibt sie und treibt, der fröhliche Rauz,  
 Die Räder der Industrie,  
 Seiner Pfeife und seinen Schüsseln zuliebe,  
 Seiner Schulen Philosophie.“  
 „Ja“, brummte der Berghauptmann, „es fällt euch jungen Burschen gar leicht, Verse zu machen, während ihr bequem von der Großmut des alten Mannes lebt. Damit wird meine Frage aber nicht beantwortet. Wollt ihr Studenten die Zeitung übernehmen? Oder wollen es etwa diese demokratischen Politiker tun, die herkommen, albernes Zeug über Freiheit schwätzen, Arbeitergesetze für das Gefindel machen...“  
 „Ich fange an, zu verstehen“, sagte Hal. „Sie mögen die Politiker nicht, die die Gesetze bringen, bezweifeln ihre Motive — und weigern sich daher, sie zu befolgen. Warum sagten Sie denn nicht gleich, daß Sie Anarchist seien?“  
 „Anarchist!“ schrie der Berghauptmann. „Ich ein Anarchist?“  
 „Sie handeln doch wie ein Anarchist!“  
 „Großer Gott! Das ist der Höhepunkt! Da kommen Sie her, heßen die Leute auf — ein Gewerkschaftsagitator, oder was Sie sein mögen — und dabei wissen Sie genau, daß diese Leute, sobald sie losgehen, Dynamit in die Schächte legen und die Gebäude anzünden.“  
 „Tun sie das?“ Erstaunen klang aus Hals Stimme.  
 „Haben Sie denn nicht gelesen, was im letzten großen Streik vorfiel? Der fauertöpische alte Prediger, der Edstrom, konnte Ihnen davon erzählen; der hat damals auch zu der Bande gehört.“  
 „Nein“, sagte Hal, „Sie irren. Edstrom hat eine andere Philosophie. Doch haben die anderen es sicher getan, und seit ich hier bin, kann ich es auch verstehen. Als sie die Häuser anzündeten, glaubten sie wohl, daß Sie und Alec Stone darin seien.“  
 Der Berghauptmann blieb ernst.  
 „Sie wollen den Besitz zerstören“, fuhr Hal fort, „weil sie keine andere Strafe für die Habgier und Tyrannei der Besitzenden erfinden können. Aber, Cotton, stellen Sie sich einmal vor, wenn jemand diesen Köpfen eine andere Idee beibrächte, ihnen sagte: „Zerstört nicht den Besitz, nehmt ihn fort!“  
 Der andere starrte ihn an. „Fortnehmen? Das also ist Ihr Moralbegriff?“  
 „Es wäre jedenfalls moralischer als die Methode, durch die Peter ihn erworben hat.“  
 „Von was für einer Methode sprechen Sie?“ entrüstete sich der Berghauptmann. „Soviel ich weiß, hat er dafür den Marktpreis bezahlt.“  
 „Den Marktpreis der Politiker. Zufällig kenne ich in Western City eine Dame, die zur Schulbehörde gehörte, als Peter dem Staate Schulhäusern abkaufte — Land, von dem man genau wußte, daß er kohlenhaltig sei. Er hat drei Dollars je Acre bezahlt, und es war allgemein bekannt, daß das doch dreitausend Dollars wert war.“  
 „Nun“, meinte Cotton, „besticht man die Politiker nicht

selbst, so erwacht man eines schönen Morgens und sieht, daß ein anderer sie bestochen hat. Besitz muß verteidigt werden.“  
 „Cotton“, sprach Hal, „Sie verkaufen ja dem alten Peter Ihre Zeit, aber einen Teil Ihres Gehirns könnten Sie doch zurückbehalten. Wenigstens soviel, um bei der Betrachtung Ihres monatlichen Lohnschecks einzusehen, daß auch Sie ein Lohnsklave sind, nicht um vieles besser als die von Ihnen so verachteten Bergleute.“  
 Der andere lächelte. „Ich gebe zu, daß mein Scheck größer sein könnte, doch glaube ich dennoch, es gehe mir besser als auch Agitatoren. Ich bin oben und werde auch oben bleiben!“  
 „Nun verstehe ich auch, Cotton, daß Sie sich bei einer solchen Lebensauffassung hin und wieder betrinken. Ein Hundekampf, ohne Glauben an Menschlichkeit. Glauben Sie nicht, daß ich Sie verhöhne, ich spreche aus ehrlichem Herzen zu Ihnen. Ich bin weder zu jung, noch zu töricht, um nicht auch Ihre Seite sehen zu können. Doch steht etwas im Menschen, das ihm zuruft, er sei nicht nur ein Hund, sondern frage die Möglichkeit zu Besserem in sich. Denken Sie an diese armen Teufel, die da unten im Berg schwitzen, täglich, nächtlich ihr Leben aufs Spiel setzen, um Sie und mich mit wärmender Kohle zu versorgen, die Räder der Industrie zu treiben...“  
 Das waren die letzten Worte, die Hal sprach. Alltägliche, dem Augenblick angepaßte Worte. Wenn er sich ihrer jedoch später entsann, so schien es ihm ein seltsames Zufammentreffen gewesen zu sein. Denn während er dort plauderte, besanden sich die armen Teufel im Berg inmitten eines jener Erlebnisse, die die Romantiker und den Schredenen des Grubenlebens ausmachen. Einer der jedem Kinderbucherzähler zum Trost unter Tage arbeitenden Knaben machte eine Dummheit. Es war dies ein Bremser, dessen Aufgabe darin bestand, einen Stock zwischen die Räder des gefüllten Karrens zu stecken, um ihn aufzuhalten. Er war ein kleiner Junge, und als er den Stock ins Rad steckte, hatte sich der Karren bereits in Bewegung gesetzt. Der Knabe wurde gegen die Wand geschleudert, und eine Kohlenladung raffte die Steigung hinauf; hinterher liefen, zu spät, etwa sechs Mann. Mit immer wachsender Geschwindigkeit flog der Karren um eine Biegung, entgleiste, fuhr in aufgestapelte Balken hinein und schleuderte sie auseinander. Die Balken wirbelten im Sturz einen Strom von jahrzehntealtem Kohlenstaub auf. Ein elektrischer Beleuchtungsdraht berührte, einen Funken erzeugend, den Karren. So kam es, daß Hal plötzlich im Gespräch mit dem Berghauptmann ein betäubendes Dröhnen vernahm, es mehr fühlte als hörte. Die Luft im Zimmer schien lebendig, körperlich geworden zu sein; sie verlegte ihm einen Schlag, der ihn auf den Fußboden hinstreckte. Das Fenster stürzte flirrend, zersplitternd ins Zimmer, von der Decke herab bröckelte der Stuck ab.  
 Da Hal sich halb betäubt zu erheben versuchte, sah er den Berghauptmann ebenfalls am Boden liegen. Die beiden starrten einander an. Noch ehe sie aufstehen vermochten, dröhnte es über ihren Häuptern. Die halbe Decke stürzte ein, ein großer Balken kentete sich von oben herab. Von allen Seiten donnerte und frachte es, als sei das Weltende gekommen.  
 Sie sprangen empor und erreichten eben die Tür, als ein zerstücktes Stück Balken in den Korridor fiel. Mit einem Satz wichen sie zurück. „In den Keller!“ rief der Berghauptmann, die Hintertreppe hinabsteigend.

Noch ist kein Ende der Wirtschaftskrise zu sehen. Die weltwirtschaftlichen Besserungszeichen, die sich vor einigen Monaten bemerkbar machten, sind inzwischen durch die neue Bankkrise in Amerika wieder überschattet worden.

Die furchtbare Krise, insbesondere der Belegschaftsabbau um die Hälfte in vielen Bergbaubezirken, ging an unserem Verbande nicht spurlos vorbei. Aber im Verhältnis zu dem gesunkenen Beschäftigungsgrad und Bergarbeiterlohn steht heute unsere Organisation mindestens so gefestigt wie bei Beginn der Krise. Daraus dürfen wir mit gutem Recht und voll Stolz schlussfolgern, daß unser Verband auch diese Notzeit überstehen wird. Genau wie die geschichtlichen früheren Perioden, so wird auch die Zeit, die wir jetzt durchleben, als ein heroischer Abschnitt in die Geschichte unseres Verbandes eingehen. Vielen wird das, was wir jetzt erleben, vielleicht als die schwerste Zeit in unserer Verbandsgeschichte erscheinen.

„Wir hatten so manche verzweifelte Schicht — und sahen die Sonne doch schimmern.“ An dieses Wort, Kameraden, gilt es auch jetzt zu denken. Denkt

an unsere kampferfüllte und schwere Zeit vor dem Kriege! Denkt an das furchtbare Elend während des Krieges! Denkt an die Not- und Inflationszeit, die wir vor zehn Jahren durchlebten! In jedem dieser Kampfabschnitte gab es W a n t e l m ü t i g e. In jeder Periode gab es auch neue Propheten und Gefühlsstim-mungen, die sich, auf lange Sicht gesehen, als vorübergehende Zelterscheinungen erwiesen. In jeder sturmbelegten Zeit gab es aber auch Kämpfer, die im Gegensatz zu den Wankelmütigen und Gestinnungsschwachen der Gewerkschaftsfahne treu blieben und durch ihre Treue und Unererschrockenheit sich als die entscheidenden Pioniere des sozialen Fortschritts erwiesen. Der deutsche Dichterkönig Goethe drückt diese Erkenntnis wie folgt aus:

„Ja, der Mensch,  
der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist,  
der vermehret das Uebel  
und breitet es weiter und weiter,  
aber wer fest auf dem Sinne beharrt,  
der bildet die Welt sich.“

## Betriebsratswahlen im Wurmrevier.

Freie Gewerkschaften gewinnen 10 Prozent. Kommunisten wählen NSBD.

Ein sehr beachtenswertes Ergebnis der Betriebsratswahlen im Bergbau wird uns aus dem Bezirk Aachen gemeldet. Es erhielten Stimmen:

	1932	1933
Freie Gewerkschaften	4116	4553
Christliche Gewerkschaften	7251	6502
RBD.	8461	1858
NSBD. und Stahlhelm	1016	6885

Wie vorstehende Zahlen zeigen, haben die freien Gewerkschaften 10 Prozent Stimmen gewonnen. Die christlichen Gewerkschaften haben den gleichen Prozentsatz verloren. Die Stimmen der kommunistischen RBD. sind im Vergleich zum Vorjahre zum größten Teil der Nationalsozialistischen Betriebs-

zellenorganisation (NSBD.) zugute gekommen. Infolge dieses Resultats vertellen sich die M a n d a t e wie folgt:

	1932	1933
Freie Gewerkschaften	30	33
Christliche Gewerkschaften	47	44
RBD.	60	14
NSBD. und Stahlhelm	5	47

Soweit bis jetzt aus anderen Bergbaugebieten Einzelergebnisse vorliegen, ist bezüglich der kommunistischen Wählerwanderung vielfach die gleiche Tendenz festzustellen. Sobald die Gesamtergebnisse vorliegen, werden wir darüber ausführlich berichten.

## Rechtsschutzergolg des Verbandes.

Ende Oktober 1931 teilten Pressemeldungen der Öffentlichkeit mit, daß im Krankenhaus E. in B. ein Patient das Opfer einer Arzneiverwechslung geworden und dadurch zu Tode gekommen sei. Der Staatsanwalt habe bereits gegen eine Laborantin Strafantrag gestellt.

Der so tragisch ums Leben gekommene Patient war unser Mitglied J. der Zahnstelle Essen-R. Er war am 27. Oktober 1931 vom zuständigen Knappschafftsarzt nach längerer Krankheitszeit arbeitsfähig geschrieben worden. Da er jedoch tatsächlich nicht arbeiten konnte, wurde er durch Vermittlung des Knappschafftsältesten dem Knappschafftskrankenhaus in Essen-St. zugeteilt. Von hier wurde er erst dem Bergmannsheil in B. und dann dem Krankenhaus E., ebenfalls in B., zur Beobachtung überwiesen. Am 29. desselben Monats wurde ihm vom Stationsgehilfen eine Arznei verabreicht, die bereits nach einer halben Stunde seinen Tod herbeiführte. Der Stationsgehilfe hatte sich auf Anweisung des Stationsarztes an die Laborantin gewandt und gefragt, ob eine bereitstehende Flasche die Medizin für J. enthalte. Ohne sich von der Richtigkeit zu überzeugen, ja, ohne überhaupt von

der Beschäftigung aufzusehen, war dieses von der Laborantin bezahlt worden. Unser Mitglied mußte die Fahrtschuld mit dem Tode bezahlen.

Gegenüber der Ruhrknappschaffts strengte jetzt der Verband im Auftrage der hinterbliebenen Witwe unseres Mitgliedes Klage auf Schadenersatz an, da diese für das fahrlässige und vorsätzliche Verschulden aufkomme. Neben Ersatz der Kosten wurde eine monatliche Rente bis zu dem Tage, an welchem unser Mitglied 65 Jahre alt geworden wäre, also bis zum Jahre 1946, gefordert.

Nach langwierigen Terminen und Verhandlungen hat sich jetzt die Ruhrknappschaffts bereit erklärt, der Witwe unseres Mitgliedes bis zum Jahre 1946 eine Monatsrente von 70 M. zu zahlen. Erst nach dieser Zeit soll dann die knappschafftsliche Witwenpension allein zur Auszahlung gelangen. 1260 M. r. f. müssen für die Zeit vom 1. Oktober 1931 bis 31. März 1933 nachgezahlt werden.

So konnte zwar der Verband durch seinen Rechtsschutz der hinterbliebenen Witwe unseres Mitgliedes den Verlust nicht ersetzen, aber die entstandene Not doch fühlbar herabmindern.

Aber noch ehe sie völlig hinuntergelangten, war das Dröhnen verstummt. „Was war das?“ stammelte Hal atemlos.

„Eine Grubenexplosion!“ sagte Cotton. Nach einigen Minuten strebten sie wieder der Tür zu.

Vor ihren geblendeten Augen stieg eine ungeheure Rauch- und Feuerfäule zum Himmel empor, verbreitete sich immer mehr und mehr, bis es um sie herum Nacht geworden war. Ein feiner Staub- und Schuttregen fiel aufs Dorf nieder. Als sie langsam wieder zu Sinnen kamen, erkannten sie, daß das Schachtgebäude von Nr. 1 verschwunden war.

„In die Luft geflogen, bei Gott!“ rief der Berghauptmann aus. Die beiden rannten die Straße entlang, blickten sich um und sahen, daß ein Teil des Daches von Cottons Büro eingestürzt war.

Der Schuttregen hatte aufgehört, doch durchwogten dichte Staubwolken die Straße und bedeckten die beiden Männer mit schwarzem Staub. Immer dichter wurden die Wolken, bis man fast nicht mehr die Hand vor den Augen sehen konnte. Und zusammen mit der Finsternis kam eine große Stille, die nach dem Dröhnen der Explosion und dem Krachen der Trümmer wie das Schweigen des Todes anmutete.

Einige Augenblicke stand Hal betäubt. Er sah einen Strom von Männern und Burken aus dem Brechwerk drängen. Aus jeder Straße kamen Frauen geeilt, alte Frauen, junge Frauen, die das Essen auf dem Herd, die Babys in den Wiegen gelassen hatten. Die größeren Kinder klammerten sich schreiend an die Röcke der Mütter, und alle drängten in dichten Schwärmen zur Schachtöffnung, die dem rauchenden Krater eines Vulkan gleich.

Cartwright, der Oberaufseher, erschien und lief in die Richtung des Ventilatorgebäudes. Cotton holte ihn ein und Hal folgte. Das Ventilatorgebäude war eine Ruine, der Riesenventilator lag etwa hundert Schritt entfernt zertrümmert auf dem Boden. Hal war in Grubendingen zu unerfahren, um die volle Bedeutung dieser Laffache erfassen zu können, doch sah er, wie der Berghauptmann und der Oberaufseher einander entgeistert anstarrten und hörte erstere brummen: „Jetzt ist alles aus!“ Cartwright schwieg, die dünnen Lippen zusammengepreßt, Angst in den Augen.

Die beiden Männer eilten, von Hal gefolgt, zur rauchenden Schachtöffnung zurück. Hundert, zweihundert Frauen stauten sich hier, schrien Fragen durcheinander. Sie umdrängten den Berghauptmann, den Oberaufseher, die anderen Aufseher, sogar Hal, schrien hysterische Worte aus Polnisch, Böhmisch und Griechisch. Und da Hal verändertes den Kopf schüttelte, stöhnten sie verzweifelt oder brüllten auf. Einige starrten unentwegt in den Schacht hinab, andere verhielten die Augen oder fielen schluchzend, mit erhobenen Händen laut betend, in die Knie.

Allmählich wurde Hal das ganze Entsetzen der Grubenkatastrophe klar. Nicht Lärm und Rauch und Finsternis, nicht die halb wahnwitzigen, heulenden Weiber, nichts, was über der Erde war, aber das dort unten, im rauchenden Schacht! Dort unten waren Menschen! Männer, die Hal kannte, mit denen er geschertz, deren Leben er geteilt hatte, deren tägliches Leben ihm nicht mehr fremd war. Viele, deren Namen er vielleicht, befanden sich unter seinen Füßen, tot, verlegt, verstümmelt. Was werden die oben für sie tun? Hal versuchte, zu Cotton zu gelangen, ihn zu befragen, doch ist der Berghauptmann umringt, belagert. Er löst die Frauen zurück: „Geht! Geht nach Hause!“ Sie schrien

auf. Wie? Sie sollten nach Hause gehen? Und ihre Männer sind unten, in der Grube! Sie drängen sich noch näher an den Berghauptmann, flehend, heulend.

„Geht! Geht!“ wiederholte er unaufhörlich. „Ihr könnt nichts tun. Im Augenblick kann niemand etwas tun. Geht nach Hause! Geht!“ Er mußte sie mit aller Gewalt zurückstoßen, damit sie einander nicht im Gedränge in die Schachtöffnung hineinwarfen.

Wohin Hal sich wandte, überall sah er schmerzgekrümmte Frauengestalten. Einige standen unbeweglich mit weit aufgerissenen, starren Augen, wie hypnotisiert, andere saßen auf der Erde, die Körper hin und her wiegend, wieder andere lagen auf den Knien, die Gesichter im Gebet nach oben gewandt. Erschrockene Kinder verkrampten ihre Hände in die Röcke der Mütter. Hal sah eine Oesterreicherin, ein Klägliches, blaßes, junges Ding, den Kopf mit einem zerfetzten grauen Tuch bedeckt. Sie streckte die Arme aus und schrie: „Mein Mann! Mein Mann!“ Dann verhielt sie ihr Gesicht, der Schrei erstarrte zu einem tonlosen Wimmern der Verzweiflung: „Oh, mein Mann! Oh, mein Mann!“ Sie wandte sich um, schwankend, wie ein Geschöpf, das den Todesstoß empfangen hat. Hals Augen hingen wie festgebannt an ihrer Gestalt. Ihr unaufhörlich wiederholter Ruf ward zum Leitmotiv dieser Symphonie des Grauens.

Hal hatte oft in der Zeitung von Grubenunglücken gelesen; hier jedoch ward die Katastrophe lebendig, das Wort wurde Fleisch und Blut. Unerträglich war seine und der ganzen Welt Ohnmacht, die ihm durch Cottons Ausruf und die Antworten der Bergleute immer klarer wurde. Es war ungeheuerlich, schier unfaßbar — und doch war es so. Ein neuer Ventilator mußte beschafft werden, es gab nichts anderes zu tun als die Herbeischaffung abzuwarten. Dann, wenn er montiert und in Bewegung gesetzt war, mußte man abermals stundenlang warten, bis Rauch und Gas aus den Hauptgängen der Grube getrieben waren; bis dahin konnte nichts unternommen werden, gar nichts. Die Leute blieben in der Grube. Jene, die nicht sofort getötet worden waren, würden in die entferntesten Räume kriechen und sich gegen die tödlichen Nachschwadern verbarrikadieren, würden warten, ohne Nahrung und Wasser, in erstickender Luft — warten und warten, bis die Rettungsmannschaft zu ihnen gelangt.

Bismweilen versuchte Hal, sich in der allgemeinen Verwirrung daran zu erinnern, wer von seinen Bekannten in Schacht 1 arbeitete. Er selbst hatte in Nr. 2 geschafft, doch kannte er selbstverständlich auch Arbeiter aus dem anderen Schacht — den alten Rafferty, Mary Burkes Vater, eines der Mitglieder der Waagekontrollengruppe: Zamierowski. Hal verneinte plötzlich, das Gesicht des geduldbigen kleinen Bosen vor sich zu sehen, der so gutmütig lächelte, wenn die Amerikaner seinen Namen auszusprechen versuchten. Und der alte Rafferty, mit all den kleinen Raffertys und seinen kläglichen Bemühungen, nicht die Günst des Aufsehers zu verschmerzen. Und der arme Patrick Burke, den Hal niemals nüchtern gesehen hatte. Nun war er zweifellos nüchtern — wenn er noch lebte.

In der Menge stieß Hal auf Jerry Minetti und erfuhr, daß auch Farenza, der Mann, dessen „Franciulla“ mit ihm gespielt hatte, in dem Schacht war, und auch Judas Apostolitas war unten, hatte seine dreißig Silberlinge mit in die Todesfalle genommen.

## Tarifvereinbarung im Ruhrbergbau.

Bekanntlich waren Ende Januar 1933 der Rahmentarif und die Lohnordnung für den Ruhrbergbau vom Zeichenverband zum 31. März 1933 gekündigt worden. Am 18. März ist, wie wir bereits kurz mitteilten, zwischen den Tarifparteien nachstehende Vereinbarung getroffen worden:

1. Der Rahmentarifvertrag vom 17. Juni 1932 wird in seiner bisherigen Fassung unverändert ab 1. April 1933 wieder in Kraft gesetzt. Er gilt unkündbar bis zum 31. März 1934. Zu diesem Zeitpunkt kann er erstmalig am 1. Febr. 1934 gekündigt werden. Die bisherigen Kündigungsfristen bleiben bestehen.
2. Im Urlaubsjahr 1933-34 gilt hinsichtlich der Höhe des Urlaubsentgelts die für das Urlaubsjahr 1932 getroffene Regelung fort (§ 4 Ziffer 4 Ust. 2).
3. Die Lohnordnung gilt in ihrer bisherigen Fassung unkündbar bis zum 30. September 1933 fort. Zu diesem Zeitpunkt und in der Folgezeit kann sie mit den bisherigen Fristen gekündigt werden.

## Rückgänge im Saarbergbau.

Wie in den meisten Bergbaugebieten, so ist auch im Saargebiet die Gewinnung von Bergbauprodukten im vergangenen Jahre rückläufig gesehen. Die Krise griff auch in Frankreich, dem bekanntlich bis zum Jahre 1935 die Bergbaubetriebe des Saargebietes überantwortet sind, im Jahre 1932 mit unaufhaltsamer Wucht um sich, was auch der Saarbergbau zu spüren bekam, wie aus nachfolgender Tabelle hervorgeht:

Kohlen- und Koksproduktion im Saarbergbau  
(in 1000 Tonnen)

Jahr	Kohle	Koks
1930	13 236	307
1931	11 367	255
1932	10 438	216

Die Kohlenförderung ging im vergangenen Jahre um über 900 000 To. gegenüber dem Jahre 1931 zurück, die Koksproduktion in demselben Zeitraum um 40 000 To. Bei Kohle macht dieser Rückgang 8 Prozent, bei Koks 15 Prozent der Produktion des Jahres 1931 aus. Der Rückgang in diesem Bergbaurevier ist zwar prozentual und natürlich auch absolut kleiner als im deutschen Bergbau. Die Tendenz ist aber die gleiche, nämlich ein prozentual stärkeres Absinken der Koksproduktion gegenüber der Kohlenförderung. Koks wird hauptsächlich in der Eisenindustrie verbraucht und diese liegt sowohl in Deutschland wie in Frankreich sehr stark darnieder.

Schließlich sei noch auf die Entwicklung des Förderanteils in diesem Revier hingewiesen. Die Leistung pro Mann und Schicht betrug im Jahre 1913 803 Kilogramm. Im Januar 1932 betrug sie 983 Kilogramm und stieg bis zum Dezember des vergangenen Jahres auf 1078 Kilogramm. Während also der Förderanteil im Januar des vergangenen Jahres um 22 Prozent höher als in der Vorkriegszeit war, ist er im Laufe des letzten Jahres auf 34 Prozent über den Vorkriegsstand angestiegen. Dieses und der Rückgang der Förderung hatten zur Folge, daß die Belegschaft um fast 6500 Mann verringert wurde. Wir sehen also überall die gleichen Erscheinungen: Krise und Steigerung der Produktivität der Arbeit führen zur Freisetzung von Arbeitern. Es sei auch an dieser Stelle betont: dieser verhängnisvollen Entwicklung kann nur durch Arbeitszeitverkürzung gesteuert werden.

Auch die anderen stellten, gleich Hal, durch Fragen Risten auf. Manchmal wurde urplötzlich ein Name geflüstert, bisweilen sah eine weinende Frau, die Schürze vor dem Gesicht, jählings um sich, schrie gellend auf und warf sich in die Arme eines Mannes. Hal war es zumute, als ob er einen Geist erblickte, da er mit einmal in einer Schar von Leuten Patrick Burke erkannte. Er ging auf ihn zu und hörte den Bericht des alten Mannes. Ein Dagobert hatte seine Balken gestohlen, er war aufgefahren, um neue zu holen, und rettete derart sein Leben, während der Balkendieb unten blieb — die Strafe der Vorsehung für Grubenräuber. Hal fragte, ob Burke bereits seine Familie benachrichtigt habe? Er sei wohl nach Hause gelaufen, hätte jedoch niemanden angetroffen. Daraufhin begann Hal sich einen Weg durchs Gedränge zu bahnen, um Mary, Jennie oder den Bruder Tom zu finden. Er beharrte auf seiner Suche, wiewohl er sich selbst fragte, ob die Familie eines unheilbaren Trunkenbolde der Vorsehung für ihr Eingreifen sehr dankbar sein würde.

Er begegnete Olson, der sich mit knapper Mühe gerettet hatte; er war am Förderkorb angestellt. All dies war eine alte Geschichte für den Organisator, der seit seinem achten Lebensjahre in Bergwerken arbeitete und manche Katastrophe erlebt hatte. Er begann, Hal die Dinge trocken zu erklären. Das Gesetz forderte für jede Grube eine gewisse Anzahl Ausgänge, auch einen Leiter-Notausgang, doch kam das Graben so vieler Löcher ziemlich teuer zu stehen.

Der Grund der Explosion war diesmal unbekannt. Man mußte jedoch, durch die Wolken von Kohlenstaub belehrt, daß es eine Staubexplosion sei. Jeder, der in der Grube gewesen war und dort selbst die Trockenheit gesehen hatte, konnte sich vorstellen, wie gewaltig die Explosion war und wie es unten aussah. Freilich sollte regelmäßig Gesteinstaub aufgestreut werden, doch hatten darüber die Aufseher ihre eigenen Ansichten.

Hal vermochte kaum den Erklärungen zu folgen; all dies war ihm noch neu, zu entsetzlich. Was lag daran, wer das Unglück verschuldet? Es war geschehen, nun hieß es, helfen. Lauter als Olsons Worte klangen die Schreie der in dümmel Höhlen ersticken Männer an sein Ohr — wie Wellen gegen den Strand schlagend erhob sich das Schluchzen der Frauen, der leise, unaufhörliche Ruf: „Oh, mein Mann! Oh, mein Mann!“

Sie stießen abermals auf Jeff Cotton. Von einigen Männern unterstützt, drängte er die Menge von der Schachtöffnung zurück und ließ Grubenbraut spannen, um sie fernzuhalten. Hal fand, daß er ziemlich roh vorgehe; doch sind hysterische Weiber zweifellos eine harte Geduldsprobe. Er beantwortete kurz ihre halb verrückten Fragen: „Ja, ja! Wir werden einen neuen Ventilator beschaffen. Wir tun, was wir können, sage ich euch. Wir bekommen sie bestimmt heraus. Geht nach Hause und wartet.“

Doch wollte selbstverständlich niemand heimgehen. Wie konnte denn auch eine Frau zu Hause sitzen und alltäglichen Beschäftigungen nachgehen, während ihr Mann vielleicht unter der Erde erstickte? Wenigstens wollten sie an der Schachtöffnung stehen, den Männern so nahe wie möglich sein. Einige verbarrikadierten dort stundenlang regungslos, andere irrten in Dorf umher, fragten die gleichen Leute immer wieder und immer wieder, ob sie nicht ihre Lieben gesehen hätten. Einige der Männer waren unerwartet, gleich Patrick Burke, oben aufgetaucht; demnach schien es noch für jeden eine Chance zu geben. (Fortsetzung folgt.)

# Wandlungen im Steinkohlenbergbau.

## Schichtförderanteil, Mechanisierung und Betriebskonzentration in den wichtigsten Steinkohlenländern.

Die Produktionstechnik im Steinkohlenbergbau hat gegenüber der Vorkriegszeit grundlegende Veränderungen erfahren. Nicht nur im deutschen, sondern auch im ausländischen Bergbau kann man gewissermaßen von einer technischen Revolution sprechen. Welcher Art diese technischen Umwälzungen sind, zeigt eine ziffernmäßige Darstellung, die der bekannte bergbaukliche Statistiker Dr. Jüngst in der Zeitschrift „Glückauf“ (Nr. 11) veröffentlicht.

Der Verfasser geht zunächst von der Tatsache aus, daß der Leistungseffekt je Mann und Schicht gegenüber 1913 in den meisten Kohlenstaaten eine wesentliche Steigerung erfahren habe. In welchem Umfange der Schichtförderanteil in den einzelnen Ländern gestiegen ist, geht aus folgender Gegenüberstellung hervor:

### Schichtleistung je Arbeiter in den wichtigsten Steinkohlenländern.

	1913	1931	Absolute Veränderung in kg	Veränderungen in Prozenten
Ruhrgebiet . . . . .	943	1490	+ 547	+ 58,01
Polnisch-Oberschlesien . . . . .	1202	1520	+ 318	+ 26,46
Großbritannien . . . . .	1090	1098	+ 8	+ 0,73
Frankreich (Pas de Cal.) . . . . .	754	731	- 23	- 3,05
Belgien . . . . .	528	591	+ 63	+ 11,93
Holland <sup>1</sup> . . . . .	820	1232	+ 412	+ 50,24
Vereinigten Staaten <sup>2</sup> . . . . .	3275	4590	+ 1315	+ 40,15
Tschechoslowakei <sup>1</sup> . . . . .	970	1082	+ 92	+ 9,48

<sup>1</sup> Gesamtleistung. <sup>2</sup> Westkohlenbergbau. <sup>3</sup> 1930 gegen 1913.

Die größte absolute Steigerung des Schichtförderanteils ist demnach im amerikanischen Westkohlenbergbau festzustellen. Dagegen ist die größte prozentuale Verschiebung im Ruhrgebiet eingetreten. Hier betrug die Steigerung 1931 gegenüber dem Schichtförderanteil von 1913 rund 58 Prozent, die holländische mit 50 Prozent bleibt allerdings nicht weit hinter der Steigerung des Ruhrgebiets zurück. Im Zusammenhang mit diesen Feststellungen taucht unmittelbar die Frage auf:

### Wo liegen die Ursachen

dieser erhöhten Schichtförderanteile? Vom Standpunkt des Ruhrbergbaues sind wir ohne weiteres geneigt, die Steigerung der Leistungseffekte mit der Mechanisierung in Verbindung zu bringen. Mit gutem Recht! Denn während 1913 nur 2,2 Prozent der geförderten Steinkohlenmenge auf maschinellem Wege gewonnen wurden, betrug der Anteil im Jahre 1931 im Ruhrgebiet rund 96 Prozent. Daß man indes diese Schlußfolgerung nicht ohne weiteres verallgemeinern kann, lehrt ein Blick auf die englischen Ziffern. Hier beträgt, wie aus vorstehender Zahlenreihe hervorgeht, die Steigerung des Schichtförderanteils nur 0,73 Prozent. In der gleichen Zeit ist aber der Anteil maschineller Kohlegewinnung von 8,48 auf 35,02 Prozent gestiegen. Die fortschreitende Mechanisierung blieb also hier ohne Einfluß auf die Entwicklung des Schichtförderanteils. Das gleiche trifft auf den belgischen und französischen Bergbau zu. So wurden bereits 1929 im französischen Bergbau 72 Prozent und 1930 im belgischen Bergbau rund 91 Prozent der Kohlen auf maschinellem Wege gewonnen, ohne daß — wie aus vorstehender Gegenüberstellung hervorgeht — eine wesentliche Steigerung des Schichtförderanteils festzustellen ist. Demgegenüber ist in den Vereinigten Staaten, wo der Anteil maschineller Gewinnung von 1913 bis 1930 von 50,6 auf 77,5 Prozent anstieg, zwischen Schichtförderanteil und Mechanisierungsgrad eine gewisse Parallele vorhanden. Infolge dieser verschiedenartigen Relation kommt der Verfasser Dr. Jüngst zu nachstehender Schlußfolgerung:

„Die großen Unterschiede, die sich von Land zu Land in der Steigerung der Leistung einerseits und der Zunahme des Grades der Mechanisierung andererseits ergeben, schließen es aus, daß der vermutete Zusammenhang zwischen beiden Vorgängen so eng ist, wie vielfach angenommen wird, und machen es wahrscheinlich, daß die Leistungssteigerung in vielen Fällen nicht sowohl von dem Grade der Mechanisierung als von anderen Umständen bedingt wird. Als solche haben wir die als Betriebszusammensetzung zu bezeichnenden Vorgänge zu betrachten. So hat sich beispielsweise im Ruhrbergbau die Zahl der Abbaubetriebspunkte, die Ende 1927 noch 20 211 betrug, bis Ende 1930 um 50 Prozent vermindert, während die mittlere arbeitsmäßige Förderung je Abbaubetrieb sich von 20 auf 35 To. erhöht hat.“

Bevor wir auf diese Betriebskonzentration und ihre Bedeutung näher eingehen, müssen wir einen Blick auf die Schichtzeit im Bergbau werfen und prüfen, inwieweit die Veränderungen in der Arbeitszeit die Entwicklung des Schichtförderanteils beeinflusst haben könnten. Ueber den veränderten Stand der Arbeitszeit unterrichtet nachstehende Uebersicht:

Land	Schichtzeit der Untertagearbeiter.		Veränderung 1931 gegen 1913 Prozent
	1913 Stunden	1931 Stunden	
Deutschland:			
Ruhrgebiet . . . . .	8.30	8	- 5,88
Wachen . . . . .	9	8	- 11,11
Oberschlesien . . . . .	9.15	8	- 13,51
Niederschlesien . . . . .	8.30	8	- 5,88
Polnisch-Oberschlesien . . . . .	9.15	8	- 13,51
Belgien . . . . .	9	8	- 11,11
Holland . . . . .	8.30	8	- 5,88
Frankreich . . . . .	9	7.47	- 13,52
Großbritannien . . . . .	8.30	8.05	- 4,90

Danach ist in allen Ländern gegenüber 1913 eine Verkürzung der bergmännischen Arbeitszeit festzustellen. Die Steigerung des Schichtförderanteils ist demnach von der Schichtdauer nicht positiv beeinflusst worden, wenigstens nicht, soweit die absolute Schichtzeit als Anwesenheitszeit unter Tage in Frage kommt. Offen bleibt bei dieser Betrachtung dagegen die Frage, wie sich im Rahmen der Schichtzeit die eigentliche Arbeitszeit, das heißt die Tätigkeitsdauer vor Ort, entwickelt hat. Herr Dr. Jüngst kommentiert vorstehende Uebersicht folgendermaßen:

„Danach macht die Verkürzung der Arbeitszeit am meisten in Frankreich aus, und zwar 13,52 Prozent, und würde

unter der Annahme, daß dem Prozentsatz der längeren Arbeitszeit vor dem Kriege eine gleiche prozentuale Steigerung der Leistung entspräche, den Leistungsrückgang von 3,05 Prozent in eine Steigerung von 10,47 Prozent umwandeln, ohne daß dadurch jedoch die Tatsache des weit stärkeren Anwachsens der maschinell gewonnenen Kohle von 0 auf 72 Prozent wesentlich abgeschwächt würde. In Großbritannien würde sich die Leistungssteigerung von 0,73 auf 5,63 Prozent und in Belgien von 11,93 auf 23,04 Prozent erhöhen, während die maschinell gewonnene Kohlenmenge von 8,5 auf 35 Prozent bzw. von 0 auf 91,4 Prozent angestiegen ist. Daraus ist zu ersehen, daß sich im Grunde genommen, durch Einbeziehung der Verkürzung der Arbeitszeit an der obigen Beweisführung so gut wie nichts ändert.“

Nachdem also weder durch die Mechanisierung noch von der Seite der Schichtzeit her die Veränderung des Schichtförderanteils eindeutig erklärt werden kann, kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß die seit 1913 stattgefundenen

### Betriebskonzentration

in diesem Prozeß eine wesentliche Rolle spielen. Er schreibt:

„1930 wurden noch 1212 Mill. To. Steinkohlen gefördert gegen nur 2 Mill. To. mehr im Jahre 1913. Diese Menge aber wurde neuerlich aus einer viel geringeren Anzahl von Gruben zutage gebracht. Auf dem Wege der Zechenstilllegungen sowie der Zusammenfassung von bestehenden Gruben zu neuen größeren Betriebseinheiten hat sich im Steinkohlenbergbau eine Auslese vollzogen, die dem Großbetrieb in diesem Gewerbe noch mehr als bisher zum Durchbruch verholfen hat. In den wichtigsten Steinkohlenländern ist mit einer Ausnahme, den Vereinigten Staaten, gegenüber der Vorkriegszeit durchgängig eine Abnahme in der Zahl der betriebenen Steinkohlengruben festzustellen. Gehen wir allerdings einige Jahre, bis 1924, zurück, so begegnen wir bei den meisten von ihnen, es gilt dies für den Ruhrbezirk, Polen, die Tschechoslowakei und Frankreich, einer größeren Zahl von Gruben als im letzten Vorkriegsjahr. Gegen diesen Höchststand zeigt die Grubenzahl im Jahre 1931 für den Ruhrbezirk einen Abfall von 35,98 Prozent, in Polen von 29,91 Prozent, in der Tschechoslowakei von 38,46 Prozent. In Großbritannien und Belgien war die Entwicklung der Grubenzahl schon früher rückfällig geworden, so daß diese in 1924 8,52 bzw. 4,06 Prozent niedriger lag als 1913; gegen 1924 weist das Jahr 1931 (für den belgischen Bergbau 1930) eine weitere Abnahme um 21,44 bzw. 10,38 Prozent auf. Auch die Vereinigten Staaten verzeichnen 1930 gegenüber 1924 mit 22,34 Prozent eine starke Abnahme der Zahl der betriebenen Steinkohlengruben. Eine Ausnahme bildet nur Holland, wo der Bergbau erst nach dem Kriege seine hauptsächlichste Entwicklung genommen hat.“

### Zahl der betriebenen Steinkohlengruben bzw. Schachtanlagen.

	1913	1924	1930	1931
Ruhrgebiet . . . . .	234	264	180	169
Polen . . . . .	91	117 <sup>1</sup>	81	82
Großbritannien . . . . .	3121	2355	2328	2243
Frankreich . . . . .	232	239	191 <sup>2</sup>	—
Belgien . . . . .	271	260	233	—
Holland . . . . .	7	10	12	12
Vereinigten Staaten <sup>3</sup> . . . . .	5776	7588	5891	—
Tschechoslowakei . . . . .	109	143	91	88

<sup>1</sup> 1923. <sup>2</sup> 1920. <sup>3</sup> Westkohlenbergbau.

„Die Verringerung der Zahl der Gruben — so schreibt Dr. Jüngst weiter — bei mehr oder minder gleichbleibender Förderung mußte ganz von selbst eine Zunahme der auf die

einzelnen Gruben entfallenden Förderleistung je Grube ergeben und bedeutete daher die Herausbildung größerer Betriebseinheiten. Da es unrichtig wäre, für diese Feststellung ein Jahr des wirtschaftlichen Niederganges, wie es für 1931 unstreitig gilt, mit dem Hochkonjunkturfahr 1913 in Vergleich zu stellen, so soll statt dessen das Jahr 1929 in Betracht gezogen werden. Danach hat die Fördermenge je Grube 1929 gegenüber 1913 im Ruhrbezirk um nicht weniger als 32,89 Prozent zugenommen, während die Steigerung in Belgien sogar 40,19 und in der Tschechoslowakei 30,99 Prozent ausmachte. Großbritannien verzeichnet ein Mehr von 15,77 und Polen ein solches von 13,81 Prozent.“

Zum besseren Verständnis des Gesagten seien auch hier die absoluten Ziffern teilweise erwähnt:

Fördermenge je Grube (abgerundet in 1000 To.)	1913	1929
	Ruhrgebiet . . . . .	489
Polen . . . . .	450	512
Großbritannien . . . . .	93	108
Frankreich . . . . .	172	281
Belgien . . . . .	84	118
Holland . . . . .	267	965
Vereinigten Staaten . . . . .	80	75
Tschechoslowakei . . . . .	135	177

Über auch diese Ziffern lassen die tatsächliche Betriebskonzentration nicht vollends in Erscheinung treten. Der Verfasser bemerkt zu den erwähnten Ziffern sehr richtig:

„Dazu kommt noch, daß trotz dieser stark vermehrten Fördermenge je Grube wesentlich weniger Schichten verfahren wurden als in der Vorkriegszeit. Nicht allein, daß die Belegschaft fast allgemein zurückging, auch die Zahl der verfahrenen Schichten je angelegten Arbeiter hat sich stark verringert, und zwar im Ruhrbezirk von 301 im Jahre 1913 auf 277,9 in 1929 oder um 7,67 Prozent. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß im Ruhrbezirk 8,3 Fehlschichten auf tariflichen Urlaub entfielen, den es 1913 nicht gab und der erstmalig 1919 in Erscheinung trat.“

### Schlußfolgerung.

So weit ein Auszug aus den Tatsachen, wie sie Dr. Jüngst darstellt. Die erwähnten Ziffern sind inzwischen allerdings schon wieder überholt. Der gegenwärtige Schichtförderanteil im Ruhrbergbau liegt beispielsweise nicht 58 Prozent, sondern weit mehr über dem Stande von 1913. Bereits im November 1932 lag er 76 Prozent über dem Vorkriegsstand. Da inzwischen auch weitere Schachtanlagen stillgelegt wurden, dürfte auch die betriebliche Konzentration weitere Fortschritte gemacht haben. So wie im Ruhrbergbau dürfte aber auch in anderen Bergbauländern die Entwicklung verlaufen sein. Wie die erwähnten Ziffern zeigen, ist nämlich die Tendenz überall ziemlich die gleiche. Das wichtigste Merkmal dieser Tendenz aber ist, daß die menschlichen Arbeitskräfte im Bergbau immer mehr ausgeschaltet werden. Ob nun diese Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft in erster Linie auf die Mechanisierung oder auf die Betriebskonzentration im Bergbau zurückzuführen ist, bleibt für die arbeitsmarktpolitischen Folgen nebensächlich. Diese sind aber, wie die Arbeitslosenziffern in den Bergbaurevieren zeigen, für die Bergarbeiter geradezu verheerend.

Die wichtigste Schlußfolgerung, die aus vorstehender Betrachtung gezogen werden muß, ist daher die, daß nur eine grundlegende Verkürzung der bergmännischen Arbeitszeit die sozialen Schäden wieder gutmachen kann, die durch die technische Revolution im Bergbau in den letzten Jahren hervorgerufen worden sind.

# Verfälschte Lage im Ruhrbergbau.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat berichtet:

„Der arbeitsmäßige Gesamtabsatz für Rechnung des Syndikats hat sich nach dem von Dezember auf Januar eingetretenen scharfen Rückgang im Februar auf den Vormonatsstand behauptet. Im März ist dann aber ein weiterer Rückschlag eingetreten. Die Zahlen für Januar, Februar und für die Zeit vom 1. bis 24. März sind arbeitsmäßig insgesamt 165 000 To., 167 000 To. und 145 000 To. (davon für das unbeschränkte Gebiet 86 000 To., 82 000 To. und 72 000 To.; für das beschränkte Gebiet 79 000 To., 85 000 To. und 73 000 To.) Der Rückgang ist also im unbeschränkten Gebiet besonders groß; er ist in erster Linie auf die jahreszeitliche Verminderung des Hausbrandgeschäftes zurückzuführen.“

Der Industrie-Kohlenabsatz konnte sich im großen und ganzen halten, obwohl die Abfrage vereinzelt nachgelassen haben. Daß das Ausland für die Ruhrkohle als Absatzgebiet noch einen gewissen Ausgleich für den sinkenden Inlandsabsatz bot, zeigen die Absatzziffern des Februar. Um so bedauerlicher ist es, daß im März hier ebenfalls ein starker Rückschlag eingetreten ist und daß die Aussichten für den Ruhrkohlenabsatz im Ausland noch ungünstiger geworden sind. Das Ergebnis der Absatzkrumpfung sehen wir auch in einem gewissen Anwachsen der Halbenbestände und besonders in einer bei gleichbleibender Belegschaftshöhe zunehmenden Zahl der Feierlichkeiten; sie betragen im Januar 821 000 im Februar (bei geringer Zahl der Arbeitstage) 683 000 und im März bis zum 24. bereits 830 000.

In den übrigen deutschen Steinkohlenrevieren hat sich der Geschäftsverlauf in gleicher Weise wie im Ruhrrevier entwickelt; während der Industrie-Kohlenabsatz noch eine gewisse Stabilität aufweist, geht der Hausbrandabsatz immer mehr zurück.

Ueber unsere arbeitsmarktpolitischen Beziehungen können wir folgendes mitteilen:

Dem holländischen Kohlenmarkt wird vom 1. April ab etwas mehr Ruhe und Stetigkeit dadurch gegeben werden, daß über den Vertrieb der deutschen und der holländischen Kohlen eine Vereinbarung getroffen wird, durch die sich die einzelnen Beteiligten ihren Anteil am holländischen Markt nach dem bisherigen Stand gegenseitig auf zwei Jahre sichern.

Frankreich hat das Kohleneinfuhrkontingent vom 1. Februar ab um 5 Prozent eingeschränkt. Eine weitere Erschwerung unserer Ausfuhr nach Frankreich droht von einer

Einfuhrsteuer auf kontingentierte Waren, von der auch die Kohle betroffen werden soll. Dem Vernehmen nach hat sich aber auch in französischen Kreisen ein starker Widerstand gegen diese Kohlensteuer geltend gemacht. Wir möchten deshalb die Hoffnung nicht aufgeben, daß es gelingt, diese Steuer zu verhindern.

Das deutsche Kontingent für die Kohleneinfuhr nach Belgien ist für April um 25 000 To. herabgesetzt worden.

Auch in Skandinavien und in den baltischen Ländern ist die Lage für uns weiter ungünstig geworden. Die deutschen Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft erzeugen zunehmende Verstimmung, die unsere Ausfuhrmöglichkeit einschränkt, während England mit seiner Walfuta und mit dem politischen Druck, den ihm seine passive Handelsbilanz gegenüber den nordischen Ländern gestattet, auf diesen Märkten seine Aussichten verbessert hat.

So sehr wir nicht nur für die Landwirtschaft selbst, sondern auch im allgemeinen staatspolitischen Interesse und für den Wiederaufbau eines aufnahmefähigen Binnenmarktes eine Gesundung der Landwirtschaft wünschen, dürfen wir doch unsere Augen nicht davor verschließen, daß Gegenmaßnahmen anderer Länder auch den Ruhrbergbau, der mit mehr als der Hälfte seines Absatzes ausfuhrinteressiert ist, treffen. Wir müssen die Aufrechterhaltung unserer Ausfuhr im Interesse des Ruhrbergbaues und der Arbeitermassen, die unmittelbar und mittelbar von ihm leben, als eine Aufgabe von höchster staatspolitischer Bedeutung ansehen.

Angeichts der Hemmungen und Schwierigkeiten, die uns fast überall auf dem Weltmarkt entgegentreten, sehen wir mit größter Spannung dem Ergebnis der Verhandlungen entgegen, die zwischen der deutschen und der englischen Regierung über die Kontingentierung der Einfuhr englischer Kohle nach Deutschland geführt werden. Im Anfang des vorigen Jahres setzte die deutsche Regierung in Anerkennung der großen Notlage des Ruhrbergbaues das Kontingent herab, um die Ueberschwemmung Deutschlands mit englischer Kohle zu verhindern. Jetzt, da unsere Absatzverhältnisse noch ungünstiger liegen, stehen Verhandlungen über eine Erhöhung dieses englischen Kohlenkontingents gegen Herabsetzung englischer Zölle auf deutsche Waren. Wir würden es aufs tiefste bedauern, wenn in einer Zeit, in der Frankreich und Belgien ihre Einfuhrkontingente für deutsche Kohle herabsetzen, Deutschland das Einfuhrkontingent für englische Kohle heraufsetzen würde.“

